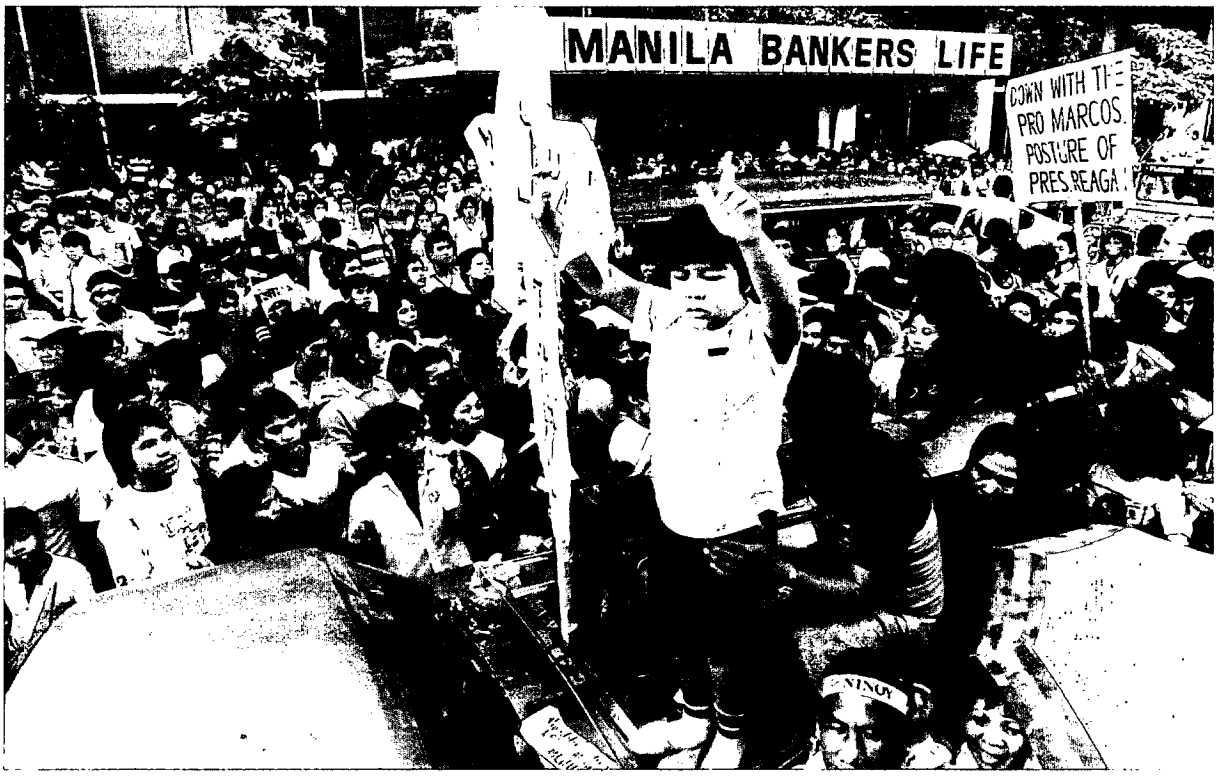
„Das unterdrückte Volk wird sich erheben"

SPIEGEL-Report über den Widerstand gegen das Marcos-Regime auf den Philippinen



Trauerzug zur Beerdigung des angeblichen Attentäters Galman, Galman-Sohn: „Er war unschuldig"

Mühsam bahnt sich ein Trauerzug seinen Weg durch die verstopften Straßen von Manila. Auf einem offenen Wagen steht der schlichte Sarg; daneben ein zehnjähriger Junge. Es ist Rey, der Sohn des Toten.

Während des fünfstündigen Weges zum Friedhof reckt Rey immer wieder beide Arme empor und spreizt die Finger zum Victory-Zeichen. Ein paradoxes Bild: ein Leichenzug als Siegesparade. Ungezählte Filipinos folgen dem Sarg; Hunderttausende säumen die Straßen. Das letzte Geleit der Massen von Manila gilt einem Mann, der nach offizieller Darstellung ein notorischer Tunichtgut, ein subversiver Kommunist – und vor allem ein Mörder war.

Rolando Galman, 33, soll nach Angaben des philippinischen Militärs Ende August auf dem Flughafen Manila den prominenten Oppositionspolitiker Benigno Aquino, als dieser aus amerikanischem Exil heimkehrte, mit einem Kopfschuß getötet haben. Sekunden später nur starb der Attentäter selbst – erschossen von den Soldaten, die Aquino schützen sollten. Unbefangene Augenzeugen des Tathergangs gibt es nicht.

Erst ein Vierteljahr nach dem blutigen Ereignis gaben die Behörden Galmans Leichnam frei.

Er wurde in Manilas „Memorial Park" beigesetzt, nur knapp 200 Meter entfernt vom Grab seines ihm zugeschriebenen Opfers. „Wir wollten damit zeigen", sagt Galmans Schwester Marilyn, „daß Rolando unschuldig ist."

Das glauben auch die meisten Filipinos. Eine vorgeblich unabhängige Kommission unter Leitung einer pensionierten Richterin versucht derweil zu klären, ob Galman im Auftrag dunkler Hintermänner handelte, aus Militär- oder gar Regierungskreisen etwa.

Und ob er überhaupt handelte: Nach nunmehr dreimonatiger Untersuchung sind sich die Prüfer nicht mehr so sicher. „Es gibt Indizien, die (Galmans Täterschaft) jetzt zweifelhaft erscheinen lassen", sagte die Kommissions-Vorsitzende Corazon Agrava vor wenigen Tagen.

Die Aufklärung des Mordes an Aquino ist der Kommission bislang nicht leichtgemacht worden: Zeugen widersprachen sich, andere Aussagewillige wurden vom Militär festgehalten. Die Offiziere, klagte Corazon Agrava, haben die Kommission „in die Irre geführt".



NPA-Guerrilleros auf den Philippinen: „Nicht alle sind Kommunisten"



Attentat auf Oppositionspolitiker Aquino*: Marcos' Freunde wollten Übles

Klarheit soll nun der prominenteste Zeuge bringen: Imelda Marcos. „Wir können es nicht vermeiden, die First Lady vorzuladen", so die Kommissions-Chefin. Denn wenige Monate vor seinem Tod hatte Aquino in New York Besuch erhalten von der Frau des philippinischen Staatspräsidenten. Dabei soll Frau Marcos den Oppositionspolitiker gewarnt haben, es gebe der Marcos-Familie „loyal ergebene" Menschen, doch außerhalb deren Kontrolle, die Aquino bei seiner Rückkehr nach Manila Übles wollten.

Benigno Aquino war ein Volksheld; sein Tod machte ihn zum Märtyrer. Er verkörperte für Millionen von Filipinos die Hoffnung auf Freiheit; er war Opposition gegen die bestehenden Verhältnisse schlechthin, damit Symbol für die Sehnsucht nach Demokratie.

Als der Sarg des angeblichen Attentäters Galman durch Manilas Straßen gefahren wurde, reckten Zehntausende die Faust empor und sangen „Bayan Ko", „Mein Vaterland". Es ist ein trauriges Lied, gemischt mit Zorn: „Mein geliebtes Vaterland, Philippinen, du bist eingekerkert, du liegst darnieder in Leid und Verzweiflung . . . Aber das heute unterdrückte Volk wird sich erheben . . . Dann werden wir frei sein!"

„Bayan Ko" ist ein altes Lied aus der Zeit, da die Philippinen noch Kolonie waren. Aber erst jetzt ist der mittlerweile angestaubte nationale Gassenhauer zur inoffiziellen Hymne der Filipinos avanciert.

„Bayan Ko" signalisierte einst Klage und Protest gegen Fremdherrschaft; heute aber soll das Befreiungslied nach innen wirken. Denn „es ist beschämend", sagt Salvador Laurel, Chef der Vereinigten Oppositionsparteien „Unida", „daß das Joch des Despotismus, unter dem wir leiden, uns auferlegt wird von einem, der sich selbst als Filipino bezeichnet":

Ferdinand E. Marcos, 66, seit 18 Jahren Staatspräsident, ist seit elf Jahren diktatorischer Alleinherrscher über die 52 Millionen Menschen seines tropischen Inselreiches.

Ein Dezembersonntag in Manila: Durch die Straßen des Geschäfts- und Bankenviertels Makati zieht eine Protestdemonstration von über 100 000 Menschen. Bankiers im Nadelstreifenanzug marschieren mit Arbeitern in Jeans und T-Shirt; Jugendliche sind dabei, Mütter mit Kleinkindern auch. Die Demonstranten tragen Schilder mit sich: „Freiheit und Gerechtigkeit", „Ninoy (Aquino) – wir lieben dich" – und immer wieder: „Marcos, tritt zurück!"

Ein Paradoxon auch dies: Während sich mehrere Hundertschaften Polizei und Militär bereit machen, mit Waffengewalt gegen die Demonstranten vorzugehen, wird der Protestzug aus den umliegenden Hochhäusern, aus Büros und Banken, überschüttet mit Unmengen von Konfetti – meistens geschnipselt aus den Branchenverzeichnissen der Telephonbücher. Gelb ist die Farbe des Protests, denn Gelb war die Symbolfarbe von Ninoy Aquino. Auch hier: Protest wie eine Siegesparade.

Am Abend der Demonstration brannten auf den Straßen Autoreifen, explodierten Feuerwerkskörper, wurden die vorrückenden Soldaten und Polizisten mit einem Hagel von Pflastersteinen eingedeckt. Die Soldaten warfen die Steine auf die Demonstranten zurück. Bilanz: Über 70 Festnahmen, gut zwei Dutzend Verletzte; zwei Tote, Jugendliche, die von einem Jeep überrollt wurden.

Präsident Marcos ließ noch während der Unruhen Reporter des staatlichen Fernsehens in den Malacañang-Regierungspalast kommen. Drohend sprach er in Mikrophon und TV-Kamera: Notfalls werde er „über eine Million Reservisten mobilisieren", um „Anarchie und Tyrannei" der Straße ein für allemal ein Ende zu setzen.

Seit dem Mord an Aquino, Marcos' gewichtigstem politischen Gegner, ist kaum ein Tag in Manila ohne Demonstrationen gegen die Regierung vergangen. Am auffälligsten waren die Kindermärsche, als „Kreuzzug" bezeichnet, angeführt von Aquinos Tochter Kris, 12. Fast immer verliefen die Umzüge friedlich. Auch das Militär hielt sich auf Befehl seines Oberkommandierenden, des Diktators persönlich, zurück: Ein Blutbad wie am 21. September 1983 wollte Marcos unbedingt vermeiden. An jenem Tag waren 50 000 meist jugendliche Demonstranten gegen den Malacañang-Palast gezogen. Soldaten schossen, eine Handgranate explodierte. Zwölf Menschen kamen um, mehr als 200 wurden verletzt: So begingen die Filipinos den elften Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts über ihr Land, ein offizieller Feiertag.

Marcos' maßlos überzogene Reaktion „zeigt doch nur, daß er nicht mehr weiter weiß", sagt Ex-Senator René Espina, ein ehemaliger Parteifreund des Präsidenten, „der Mann steht mit dem Rükken zur Wand. Wir sind ihn bald los".

Daran kann es nur wenige Zweifel geben: Endzeitstimmung macht sich breit auf den Philippinen. Die Filipinos fragen nicht mehr: Tritt Marcos zurück? Sie fragen nur noch: Wann? Noch aber kostet der Diktator die politische Neige seiner Ära aus, die der Oppositionspolitiker Salvador Laurel als „die schwärzeste in der Geschichte unserer Nation" bezeichnet.

Sie begann, als der charismatische Volkstribun Marcos im Jahre 1972 seine zweite Amtszeit als demokratisch gewählter Präsident der Republik Philippinen beinahe beendet hatte und nach der Verfassung nicht wieder kandidieren durfte.

Da setzte er in einem Handstreich die Verfassung außer Kraft und verhängte das Kriegsrecht über die Philippinen. Fortan etablierte er den „Manila-Klan", wie seine Familie genannt wird, als Maßstab aller Dinge. Seinen Aufschwung zum totalstaatlichen Leitstern der Nation verbrämte er mit dem Versprechen, mit starker Hand und festem Willen auf den mehr als 7000 Inseln seines Reiches eine „neue Gesellschaft" zu schaffen. Daraus wurde nichts.

Zwar gelang es, die Analphabetenrate auf etwa 20 Prozent der Bevölkerung zu senken. Aber das dafür quasi zwangsre-

* Aquino (r.) unmittelbar nach dem tödlichen Schuß; links der angebliche Mörder Galman.

krutierte Heer von Lehrern wurde gleichzeitig proletarisiert, in die Ecke aufsässiger Unzufriedenheit abgedrängt. Gerade die Lehrer sind bevorzugtes Rekrutierungsreservoir der militanten Regimegegner in den Städten.

Kein Schullehrer verdient heute mehr als 900 Pesos (220 Mark) im Monat; die „Manila-Aides", die Straßenfeger der Hauptstadt, bekommen 1240 Pesos.

Zwar wurden unter Marcos endlich gesetzliche Mindestlöhne festgesetzt für die Arbeiter, vor allem die auf dem Lande. Knapp fünf Mark sind demnach etwa acht heiße Stunden Knochenarbeit auf einer Zuckerplantage wert. Aber über 30 Prozent der Landbevölkerung finden heute gar keine Arbeit mehr; in manchen Städten ist es eher noch schlimmer. Verläßliche offizielle Zahlen über die Arbeitslosigkeit gibt es nicht.

Zwar ließ der Minister für Siedlungswesen, Marcos-Gattin Imelda, den



Marcos-Tochter Imee
Nach Hawaii geflohen

Landkindern mehrere Dutzend Musterdörfer errichten: Wohlgeordnet, sauber und richtig heimelig sehen die aus. Aber die Flucht in die Stadt ist heute unkontrollierbar. Die Einwohnerzahl der Hauptstadt Manila wächst um 400 000 Menschen im Jahr: Gut jeder dritte der acht Millionen Menschen haust in erbarmungswürdigen Slum-Hütten – oder einfach unter freiem Himmel in den Parks und auf den Straßen.

Als Papst Johannes Paul II. vor drei Jahren die Philippinen besuchte, ließ Imelda Marcos schnell das Slumgebiet Tonga, das größte seiner Art in Manila, für eine Besichtigungstour des Heiligen Vaters herrichten: Einem Straßenzug, nur einem, von aller Statik hohnsprechenden Blechhütten wurden zweigeschossige Potemkinsche Fassaden vorgestellt, hübsches Fachwerk vorgaukelnd, mit Erker-Attrappen gar. Der Papst soll über die Slum-Sanierung in Manila erfreut gewesen sein.

Das Elend erstreckt sich auf alle größeren Städte. Zum Beispiel Davao, im Süden der Philippinen, auf der Insel Mindanao. In der zweitgrößten Stadt des Landes mit gut 800 000 Einwohnern vegetieren über 300 000 Menschen mit weniger als dem staatlich festgesetzten Existenzminimum dahin. Und das ist wirklich ein Minimum: 600 Pesos (150 Mark) im Monat.

Als Wirtschaftskraft sind die Philippinen statistisch gesehen Mittelmaß: Die Weltbank in Washington stuft sie in ihrem Jahresbericht bei den „Ländern mit mittlerem Einkommen" ein, gemessen am Bruttosozialprodukt. Doch das Gros der philippinischen Bevölkerung steht „auf einer Stufe mit Bangladesch", sagt ein Bankier in Manila – es ist bettelarm.



Präsidentenpaar Marcos, Gast: Schöne Slums

Betteln aber steht seit ein paar Jahren unter Strafe; auch der Almosengeber macht sich strafbar. Der Grund: Die meisten Bettler in den Städten sind in „Syndikaten" zusammengefaßt und müssen 90 Prozent ihrer mühevoll zusammengeflehten Centavo und Peso an skrupellose Geschäftemacher abliefern. „Betteln lassen" ist ein einträglicher Wirtschaftszweig.

Längst schon hat es die Polizei aufgegeben, das Anti-Bettel-Gesetz durchzusetzen. Sie kommt gegen die schiere Masse Bettler nicht mehr an. „Es ist eine richtige Plage geworden", sagt der Publizist Maximo Soliven, „eine solche Unzahl hat selbst unser armes Land früher nicht gehabt." Es werden täglich mehr.

Kaum eine Straßenecke in Manila, an der nicht gleich mehrere Arme aufs Mitleid der Passanten setzen; kaum ein Ampelstopp im Auto, bei dem nicht jemand geldheischend ans Fenster klopft.

Sehr wenige haben auf den Philippinen fast alles; fast alle haben nichts. Die Polarisierung zwischen den Begüterten und den Habenichtsen ins Extrem vorangetrieben zu haben – das ist die Bilanz der „Ein-Mann-Herrschaft" des „FM", das medienübliche Kürzel für „First Man".

Das von dem Heidelberger Professor Dieter Nohlen herausgegebene „Lexikon Dritte Welt" zählt die Philippinen „zu der immer kleiner werdenden Gruppe der Länder der Dritten Welt, in denen eine von den USA unterstützte Diktatur ein Land zugunsten einer schmalen Oberschicht brutal ausbeutet": Über 80 Prozent des Volksvermögens gehören ganzen fünf Prozent der Bevölkerung.

Schon seit der Kolonialzeit konzentrierte sich die Macht in weitgehend landbesitzenden Oligarchien. Ihr Einfluß ist ungebrochen. Marcos hat dem System eine eigene Komponente hinzugefügt: Sein Manila-Klan ist weitverzweigt und bis in seine feinsten Verästelungen so mächtig wie machtbewußt.



Straßenunruhen in Manila: „Wir brauchen

Ferdinand sen. ist Präsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Seine Schwester Elizabeth Marcos Rocka war Gouverneur seiner Heimatprovinz Ilocos Norte. Als sie voriges Jahr aus Gesundheitsgründen ihr Amt abgeben mußte, übernahm Präsidentensohn Ferdinand jr., 25, genannt „Bongbong", die Pfründe. Der Vater sorgte dafür, daß sich kein Gegenkandidat bewarb.

Tochter Imee, 27, war schon als Jung-Twen Vorsitzende des Staatlichen Jugendverbandes, in dem alle philippinischen Schüler Zwangsmitglieder sind. Sie sollte danach Sportminister werden. Das wurde jedoch nichts, zum Leidwesen ihrer Eltern: Imee, streng katholisch erzogen, heiratete einen geschiedenen Basketballspieler und setzte sich mit ihm nach Hawaii ab.

Der Bräutigam wurde vor der Hochzeit entführt, nach sechs Wochen erst von den unbekannten Kidnappern freigelassen, ohne Lösegeld, unversehrt. Bis heute ist nicht geklärt, ob nicht der Marcos-Klan selbst dies unrühmliche Schauspiel inszenierte.

Einem Bruder der First Lady wurde der lukrative Job als Gouverneur ihrer Heimatprovinz Leyte zugeschanzt. Ihr Schwager, Fabian Ver, machte erstaunliche Karriere im Militär: Vom Chauffeur Marcos' avancierte er zum Generalstabschef.

Fleißigster Postensammler ist die 53jährige Marcos-Gattin Imelda, genannt „Stahl-Schmetterling": Gouverneur von Metro-Manila ist sie, Minister für Siedlungswesen ist sie, Mitglied der Nationalversammlung ist sie. Imelda Marcos hält insgesamt 43 politische Ämter.

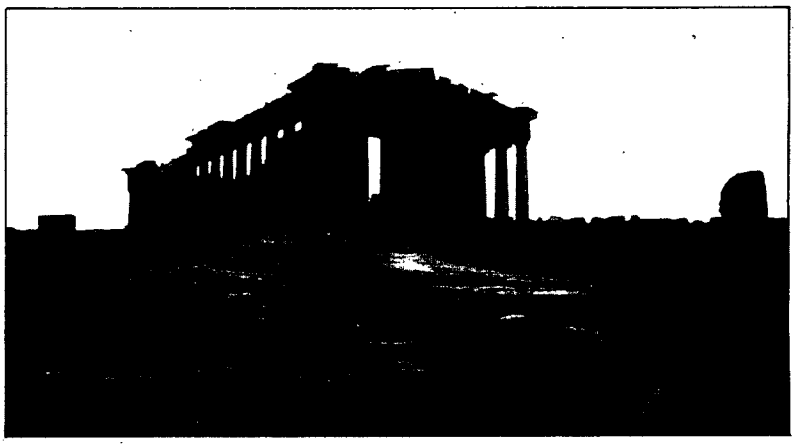
Sie gilt als reichste Frau des Fernen Ostens. Vielen Filipinos aber ist sie verhaßt ob ihrer sprichwörtlichen Verschwendungssucht und suspekt wegen ihrer skrupellosen politischen



Demonstrationen der Liebe"

Aus dem neuen Katalog von Dr.Tigges-Fahrten

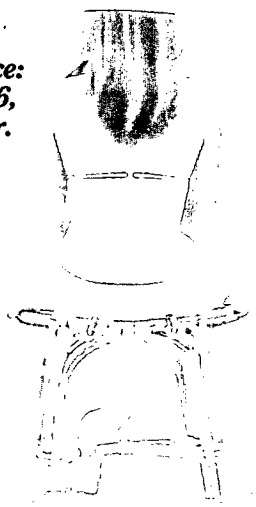
Vom Olymp an Poseidons Strände, vom Rundreiseerlebnis in's Badevergnügen.



INNOVAT

Urlaub mit Dr.Tigges-Fahrten heißt, außergewöhnlichen Urlaub zu machen. Denn er verbindet abwechslungsreiche Tage des Sehens und Erlebens mit geruhsamen Tagen der Erholung in ausgewählten Hotels. Im aktuellen Dr.Tigges-Katalog finden Sie dazu 147 Vorschläge, zum Beispiel: „Große Griechenland-Studienreise", 15 Tage plus eine Woche Erholungsurlaub in Theologos ab DM 2619,–

Alles über Dr.Tigges-Urlaub erfahren Sie in Ihrem TUI-Reisebüro, spezielle Auskünfte auch über den Dr.Tigges-Telefonservice: 0511-5 67 23 66, 10.00–18.00 Uhr.



DR.TIGGES-FAHRTEN
In guter Gesellschaft die Welt erleben

TUI TOURISTIK UNION INTERNATIONAL

„Da gibt's nur eins: Schießen"

SPIEGEL-Redakteur Wulf Küster über eine Guerilla-Einheit auf Mindanao

In der Hütte ist es drückend heiß, stickig. Die Fenster sind verhängt, die Tür ist geschlossen: Kein Lichtstrahl soll in die schwüle, windstille Tropennacht hinausdringen und verraten, daß hier noch Menschen wach sind. Es ist weit nach Mitternacht.

Eine Petroleumlampe auf dem Boden deutet den fast einrichtungslosen, kahlen Raum, der die ganze Hütte ausmacht, mehr an, als daß sie ihn erhellte. Um das Licht hocken acht Filipinos, der älteste ist 31 Jahre alt, der jüngste knapp 20. Geöffnete Dosen Bier stehen herum; doch kaum jemand in der Runde nippt auch nur mal an dem schalen Gebräu.



Militärstreife in einem Dorf: „Nachts haben die Angst vor uns"

„Das Bier ist unsere Tarnung", sagt der Sprecher der Gruppe, „wenn Militär kommen sollte. Wir sitzen ja nur zusammen und trinken."

Die acht leben in ständiger Furcht vor den Soldaten: Sie sind Kämpfer der „Neuen Volksarmee" (NPA), sind Guerrilleros. Und wer sich zur NPA bekennt, ist für die Soldaten der Regierungstruppen so gut wie vogelfrei.

Da wäre der naive Glaube an die Tarnwirkung halbvoller Bierdosen wenig hilfreich. Für jeden Soldaten wäre es ausgemachte Sache, daß diese nächtliche Runde, tief im Palmendschungel der Insel Mindanao, nur ein konspirativer Treff sein kann.

Der Anführer der Guerilla-Gruppe, der sich Kommandant Danny nannte, gab sich gelassen: „Wir haben nichts zu befürchten. Die Suchtrupps der Militärs kommen immer nur kurz vor Einbruch der Dunkelheit. Nachts haben die Angst."

Danny wußte, daß dies nicht stimmte; jeder in der Hütte wußte es. Aber alle waren froh über die scheinbare Bestätigung ihrer Sicherheit.

Kommandant Danny war der Älteste der Gruppe. Schon arg zerknitterte Photos seiner Familie (zwei Kinder) trug er immer in der Tasche seiner Jeans mit sich. Danny hatte Wirtschaftswissenschaft studiert, aber dann nie eine Stelle gefunden.

An manchen Tagen lungerte Danny stundenlang mit seinem alten Toyota vor den Hotels der über eine Fahrstunde entfernten Stadt. Er wartete auf Touristen, denen er sich als Chauffeur verdingen konnte. Das Geld, das er dadurch einnahm, reichte aber oft kaum fürs Benzin.

Die Touristentouren sind auch Dannys Tarnung: Bei der Fahrt durch die abendlich dunklen, laternenlosen, fast menschenleeren Straßen am Rande der Stadt schaltet Danny plötzlich die Innenbeleuchtung des Autos an. Wortlos weist er nach vorn.

Am Straßenrand brennt ein Lagerfeuer. Soldaten im Kampfanzug stehen herum. Ein Schild erklärt den Posten zum „Mobile Checkpoint". Die Soldaten sehen gern schon von weitem, wer sich ihnen nähert.

Der Wagen hält; vier Maschinenpistolen richten sich auf die Insassen. Beide müssen aussteigen; Arme hoch; Beine spreizen; Leibesvisitation. Es wirkt wie ein schlecht gemachter Action-Film. Der Wagen wird durchsucht.

Wenn er in die Stadt fahre, sagte Danny später, habe er nie Waffen bei sich. Es gibt zu viele Militärkontrollen. Aber auch bei seinen Kämpfern in der Dschungelhütte waren keine Waffen zu entdecken. „Die sind gut versteckt", meinte Danny, „sie haben schon acht Razzien überstanden."

Ist die Gefahr nicht groß, entlarvt oder gar verraten zu werden? Sie seien alle von hier, erklärt einer der Kämpfer, ihre Hütte gehöre zu einem über mehrere Lichtungen verstreuten Dorf. „Jeder weiß, daß wir die NPA sind. Niemand wird uns verraten."

Hier sind die acht jungen Männer tatsächlich *die* NPA. Dannys Gruppe operiert autonom. „Nur wenn Großaktionen geplant sind, stimmen wir uns mit der regionalen NPA-Führung ab", sagte Danny.

Die acht bestritten, Kommunisten zu sein. Danny: „Wir haben keine Ideologie. Wir sind einfach böse, weil uns in dieser Gesellschaft kein Weg offensteht." Für eine Landreform kämpfe er, sagte einer, damit die Kleinbauern ihr eigenes Land bestellen könnten. Der Jüngste in der Runde wollte nur „gegen das Militär, das unser Land ruiniert", kämpfen.

Verworren die Ziele, unklar die eigene Position. Den Diktator im fernen Manila erwähnte niemand. Danny ereiferte sich: „Uns ist egal, wer regiert. Für uns gibt's nur eins: Schießen. Wir glauben, nur das hilft uns."

Am nächsten Morgen gingen alle gemeinsam in die Kirche, einen kargen Gebetsraum in einer Hütte, gut zehn Minuten Fußweg durch den Urwald entfernt. „Bevor wir kämpfen", meinte Danny ernsthaft, „müssen wir immer beten." Das gemeinsame Gebet dauerte nur wenige Minuten. Danach nahmen Danny und seine Männer ihre Waffen auf, neue amerikanische Sturmgewehre vom Typ M-16, und schnallten sich Patronengürtel um. Sie trugen keine Uniformen. Sie gingen in den Dschungel.

Einige Tage später stand in der Zeitung: Bei Gefechten mit dem Militär seien mehrere NPA-Aufständische getötet worden, darunter auch einer, der sich das Alias „Kommandant Danny" zugelegt hatte.



Slumbewohner auf Nahrungssuche in Manila: Jedes Jahr 400 000 Menschen mehr in der Hauptstadt der Nation

Ambitionen: Es ist ausgemacht, daß sie gern Ferdinand Marcos als Präsidentin nachfolgen würde.

Sie selbst bestreitet das. „Weder jetzt noch in der Zukunft" wolle sie Staatsoberhaupt werden, erklärte sie vor dem „Interim Batasang Pambansa", der Nationalversammlung, in der Marcos-Parteigänger 95 Prozent der Sitze halten. Mehr noch: Sie werde sich aus allen ihren politischen Ämtern zurückziehen, sagte Frau Imelda, und künftig nur noch als „erster Lobbyist der Familie" tätig sein. Einen Zeitpunkt für den Total-Rücktritt erwähnte sie allerdings nicht.

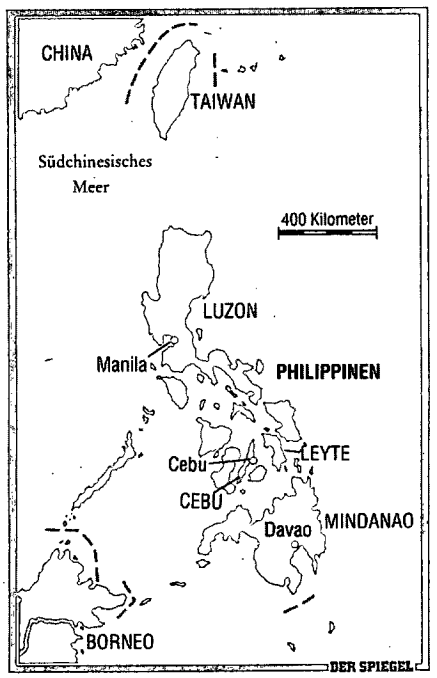
Statt dessen beschwor die ehemalige Schönheitskönigin von Manila vor kurzem im Fernsehen mit Tränen in den Augen ihr Volk: „Wir brauchen keine Demonstrationen gegen Menschen. Wir brauchen Demonstrationen der Liebe. Wir wollen keine Revolution."

Doch der Weg zur Revolution, einer teilweisen Erhebung des Volkes gegen die Diktatur zumindest, scheint vorgezeichnet. „Wenn Marcos nicht bald zurücktritt", meint der Verleger Maximo Soliven, „werden die Demonstrationen nicht friedlich bleiben. Die Leute haben keine Geduld mehr."

Marcos hat mehrfach unmißverständlich betont, er denke nicht an Rücktritt, er werde sich nicht dem Druck der Plebs beugen.

Vor drei Jahren hatte er zwar das Kriegsrecht pro forma aufgehoben. Nominell sind die Philippinen wieder eine Demokratie. Dem Sinn nach nicht: Denn Sondergesetze, Erlasse, Dekrete des Präsidenten aus unverhohlen totalitärer Zeit haben weiterhin uneingeschränkt Gültigkeit.

Gegen das Regime aufzumucken ist gefährlich. Bereits im Januar 1981 erließ Marcos das Präsidentendekret Nr. 1834 – das aber erst im Sommer vorigen Jahres veröffentlicht wurde. Das Dekret bestimmt, daß jeder Filipino, der „Aufrührern Schutz und Beistand gewährt", zu bestrafen sei „mit lebenslanger Haft oder dem Tode". Ein gleiches Strafmaß droht jedem, der „aufrührerische Reden" führt oder der „auf Umsturz sinnt".



Rommel Corro, Herausgeber und Chefredakteur des Boulevardblattes „Philippines Times", veröffentlichte im Oktober in seiner Zeitung drei beißende Kommentare, in denen er das Militär der Mitwirkung am Aquino-Mord bezichtigte. Die Zeitung wurde vom Militär geschlossen, Corro verhaftet. Er ist des Kapitalverbrechens „Anstachelung zum Aufruhr" angeklagt.

Wie rigoros mit dem Präsidentendekret Nr. 1834 umgesprungen wird, zeigt eine Warnung des offiziösen „Bulletin Today" in Manila. Die Zeitung schrieb in großer Aufmachung auf Seite eins: „Ein Wort an die Unschuldigen: Achtet besonders sorgfältig darauf, was ihr sagt. Sonst landet ihr vielleicht im Gefängnis oder werdet gar zum Tode verurteilt. Das Verbrechen? Anstachelung zum Aufruhr!"

Mehr als 200 Filipinos, die sich in den vergangenen Wochen an friedlichen Demonstrationen gegen das Marcos-Regime beteiligten, sind von der Polizei herausgegriffen und jenes Verbrechens angeklagt worden. Mehrere hundert Demonstranten landeten ohne jegliche Anklage im Gefängnis.

Ein anderes Präsidentendekret, Nr. 1877, gibt dem Diktator freie Hand, selbst nur der Absicht zum Aufruhr Verdächtige auf mindestens ein Jahr einkerkern zu lassen – ohne gerichtliche Haftprüfung.

Verdächtig sind viele. In den Gefängnissen, die vom Militär betrieben werden, da die Polizei ins Militär integriert wurde, sitzen über 20 000 politische Gefangene ein. Folter gehört zum Alltag in den Kerkern. Ein Opfer heißt Pedro –

ein 29jähriger Arzt von der Insel Cebu. 21 Monate lang saß er ohne Prozeß in einem Militärgefängnis nahe Manila – als Kommunist. Für das philippinische Militär sind alle Kommunisten Terroristen sui generis.

In unzähligen Verhören wollten die Soldaten nur immer wieder von Pedro wissen, wer seine „kommunistischen Befehlshaber" seien. Er sagte es nicht. Marcos' Soldaten haben ihm alle Zehennägel des linken Fußes rausgerissen, haben die rechte Hand des Gefangenen mit einem schweren Hammer zertrümmert, haben ihn geschlagen und immer wieder mit Elektroschocks gequält. Pedros Körper ist mit Brandnarben übersät.

Nach dem Mord an Aquino versuchte Marcos, durch eine Teilamnestie politischer Gefangener die Kritik an seinem Regime aufzufangen. 77 Häftlinge wurden entlassen; darunter war auch Pedro. Er muß sich aber jede Woche beim Militär, bei seinen Peinigern, melden. Er tut es nicht.

Pedro hält sich in den Slums von Manila versteckt, bis er, wie er sagt, eine Gelegenheit findet, zu seinen „Freunden in den Bergen" zurückzukehren.

Denn außerhalb der Städte sind die Philippinen Kampfgebiet: „In den Bergen", wie Filipinos generell die vom Militär unkontrollierbaren ländlichen Gebiete nennen, hat bereits der Aufstand begonnen, den das Marcos-Regime in der Großstadt mit Dekreten und Gesetzen abzuwenden sucht.

Bis zu seiner Gefangennahme durch Regierungssoldaten war der Arzt Pedro Mitglied einer Sanitätsabteilung der „New People's Army" (NPA), der aufständischen Neuen Volksarmee. Zu seinen Freunden in der NPA will Pedro zurück, auch wenn er nie wieder verwundeten NPA-Kämpfern als Arzt wird helfen können. Pedro ist ein Krüppel.

Die NPA ist die Kampforganisation der illegalen Kommunistischen Partei der Philippinen. Pedro ist nicht selbst Kommunist. Die Mehrheit der NPA-Kämpfer sind keine Kommunisten: Die NPA ist der bewaffnete Untergrund, ist die Guerilla gegen das Marcos-Regime schlechthin.

Am Nachmittag des 15. September hielt der konservative Anwalt Salvador Laurel außerplanmäßig eine Rede vor der Nationalversammlung in Manila, mit der er sich aus dem Scheinparlament verabschiedete. Da just, während er sprach, der Strom ausfiel und er ohne Mikrophon sprechen mußte, verstanden ihn nur wenige Abgeordnete. Und veröffentlicht wurde die Rede in der regimetreuen philippinischen Presse nicht.



Militärpatrouille nach Guerilla-Überfall: Der Bürgerkrieg hat schon begonnen

Laurel sagte unter anderem: „Da ihnen ihre Rechte als souveräne Bürger genommen sind, da ihr Leben direkt bedroht und die Zukunft ihrer Kinder durch dies Regime verbaut ist, haben viele Menschen in unserem Volk den Weg des gewalttätigen Widerstands gewählt und geben ihrer Wut durch Gewehrläufe Ausdruck.

Diese Regierung weiß sehr wohl, daß viele dieser Rebellen keine Kommunisten sind, sondern wahre Freiheitskämpfer gegen die Diktatur. Wenn sie sich mit den Kräften der extremen Linken zusammengetan haben, dann nur, weil sie angesichts der verbrecherischen Marcos-Tyrannei sich nirgendwo anders hinwenden konnten."

Die NPA operiert auf den Philippinen seit 1969, begann aber ihren Kampf gegen Marcos und seine Truppen erst richtig nach 1972, als Marcos' Kriegsrecht das Land in eine politische Ödnis verwandelte. Die NPA hat die Logistik, sie ist gut organisiert – und sie hat Waffen: Eine Studie der amerikanischen „Rand Corporation" kam 1971 zu dem Schluß, Filipinos seien ein besonders gewalttätiges und waffenversessenes Volk. Mit den Pistolen, Revolvern, Gewehren in Privatbesitz könnten Armeen ausgerüstet werden. Trotz Kriegsrecht, trotz strenger Kontrollen seit mehr als einem Jahrzehnt hat sich kaum etwas daran geändert. An den Banken Manilas hängen immer noch Schilder: „In der Bank sind keine Schußwaffen erlaubt."

Die NPA bot sich geradezu an als Auffangbecken all derer, die keine andere Lösung der philippinischen Probleme mehr sehen als eine mit Waffengewalt. Die Neue Volksarmee ist, einer Studie des amerikanischen Geheimdienstes CIA zufolge, die „am schnellsten wachsende Guerilla-Bewegung in der Welt".

Gut 10 000 Soldaten umfaßt der harte Kern der NPA, derer also, die sich zur Kommunistischen Partei bekennen und für deren Ziele in Uniform zu kämpfen und zu sterben bereit sind. Nach Angaben der Partei sind diese Kämpfer in fast allen Provinzen der Philippinen aktiv, „an 39 Guerilla-Fronten".

Ohne Uniform aber kämpfen mindestens 30 000 Filipinos mit der Waffe gegen das Regime, das heißt vor allem gegen das Militär. René Espina, konservativer Ex-Senator in Manila, meint gar, daß es „gut und gerne 80 000 bis 100 000 Kämpfer" sein könnten.

Diese alle zählen sich zur NPA und sind doch mehrheitlich keine überzeugten Kommunisten. Die NPA-Führung nennt sie ihre „Volksmilizen an der Front". Das Regime Marcos sieht sich einer starken Armee im eigenen Land gegenüber.

Fast kein Tag, an dem nicht Presse und TV von Schießereien berichteten, von toten Soldaten, von toten Guerrilleros. Im Oktober überfielen NPA-Kämpfer einen Militärkonvoi – 39 Soldaten wurden erschossen.

Im November ging die Marine brutal gegen angebliche Aufständische vor. Die Küstenwache vor der südphilippinischen Insel Subitu meinte, in dem hölzernen Motorboot „Jaulia" einen Transporter bewaffneter Rebellen vor sich zu haben. Das Wachboot „Nueva Ecijai" eröffnete das Feuer; die „Jaulia" sank. Mehr als 30 Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, waren an Bord gewesen. Elf konnten sich auf das Kanonenboot retten. Sie mußten an Backbord achtern niederknien. Zwei Marinesoldaten erschossen sie mit ihren M-16-Sturmgewehren.

Zwei Männer, Bakkar Anjao und Abdulwahab Jackaria, überlebten. Sie hat-



Gefängnis auf Mindanao: Folter gehört zum Alltag

ten sich, als die ersten Schüsse fielen, über Bord gestürzt: Sie berichteten dem Gouverneur ihrer Provinz von dem Massaker; der wurde deshalb bei der Regierung in Manila vorstellig. Die Regierung versprach eine gründliche Untersuchung.

Im Dezember sollen nach Angaben der ins Militär integrierten Polizei auf der Südinsel Mindanao in knapp einer Woche 31 Menschen von „Killer-Kommandos" der NPA exekutiert worden sein. Allein an einem Tag starben 13 „Kollaborateure der Regierung" durch gezielten Kopfschuß.

Den Philippinen steht kein Bürgerkrieg bevor – sie haben ihn in manchen Regionen schon.

Die häufigen Überfälle der NPA auf kleine Konvois, die Hinterhalte, in die Patrouillen gelockt werden, addieren sich zu einer ständigen Demütigung und Demoralisierung des Militärs. Und durch die Überfälle sichert sich die Neue Volksarmee vor allem einen ständigen Nachschub an Waffen. „Über die Hälfte unserer Gewehre und Munition bekommen wir so", sagte der NPA-Arzt Pedro.

Der Rest wird gekauft. So etwa verschwanden vor kurzem aus einem Arsenal nahe der Stadt Cebu über hundert Sturmgewehre. Das Militär vermutet die Diebe in den eigenen Reihen. NPA-Führer geben offen zu, daß eine Reihe von Offizieren der philippinischen Streitkräfte einen schwunghaften Waffenhandel mit der Guerilla treibt. Die persönliche Bereicherung ist dabei nur die eine Seite der Medaille.

In erster Linie wohl ist der Handel eine Art Rückversicherung für die Verkäufer: Daß die NPA noch längst nicht ihre größte Stärke erreicht hat, gilt als ausgemacht. Da könnte frühzeitige Kollaboration spätere Sicherheit bedeuten.

Doch die NPA hat wenig Geld. In manchen Gegenden, vor allem auf der Insel Mindanao, wo die NPA ganze Landstriche fest im Griff hat, nehmen NPA-Kämpfer von der Bevölkerung sogenannte Schutzgelder. In einigen isolierten Einzelfällen soll der „Schutz" erpreßt worden sein: Im allgemeinen unterstützt die Landbevölkerung die Guerilla freiwillig.

Aus dem Ausland kommt für die Untergrundkämpfer praktisch kein Peso mehr: Mit Moskau hat die Kommunistische Partei der Philippinen gebrochen; und seit Marcos diplomatische Beziehungen zu Peking aufnahm, versickerte auch diese Quelle. Das Verteidigungsministerium in Manila behauptet, Vietnam finanziere die philippinischen Aufständischen. Das wird von NPA-Führern heftig bestritten.

In jüngster Zeit allerdings sind bei der NPA nagelneue Waffen und Uniformen aufgetaucht, auch druckfrische Pesoscheine. Aus dem Ausland aber kommen die wohl nicht. Sie sind eher ein Indiz dafür, meint ein Polizei-Major in Manila, daß die Unterstützung durch wohlhabende Filipinos stärker geworden ist – durch Kaufleute ebenso wie durch Großgrund- und Plantagenbesitzer in der Provinz.

Auch hier spielt der Gedanke an die Rückversicherung sicherlich eine Rolle. Doch wenn es etwa in der Hauptstadt eine „Vereinigung der Händler zur Unterstützung des Widerstands" gibt, „die uns finanziell schon sehr geholfen hat", wie ein NPA-Kommandant sagt, dann ist das nicht so sehr eine „Pro-NPA-" als eine „Contra-Marcos-Clique".

Die Philippinen sind das einzige katholische Land Asiens, fast 85 Prozent der Bevölkerung bekennen sich zur römischen Kirche. Mehrere Dutzend katholische Priester, auch aus den großen Städten, kämpfen mit den NPA-Partisanen. Ein Hirtenbrief der Bischöfe forderte „unsere Brüder, die zur Waffe gegriffen haben", nur halbherzig warnend auf, *„auch* der Bergpredigt zu gedenken".

Tausende von Filipinos sitzen in den Militärkerkern, weil sie der NPA-Sympathie verdächtigt werden. Wie viele Filipinos aber vom Militär oder der paramilitärischen Schutzpolizei einfach „beseitigt" wurden – darüber gibt es nur Schätzungen. „In den letzten fünf Jahren", meint der Politiker Salvador Laurel, „waren es bestimmt mehrere hundert, vielleicht waren es Tausende."

„Beseitigungen durch das Militär" nennen die Filipinos, Soldaten wie Zivilisten gleichermaßen, in ihrer Amtssprache Englisch „to salvage": Das Spektrum der Übersetzungsmöglichkeiten reicht von „retten" bis „abwracken".

Der Beseitigung ist eigen, daß die Opfer keineswegs spurlos verschwinden. Antonio Cruz, 36, Bauer auf der Insel Leyte, verabschiedete sich morgens um fünf von seiner Familie und zog los zu seinen anderthalb Stundenmärsche entfernten Pachtfeldern. Das Gelände ist bergig; der Weg geht steil hinunter. Da der plötzliche, unverhoffte Anruf: „Halt, stehenbleiben!" Antonio, erschrocken, rutscht aus und an der Militärsperre vorbei den Hang hinunter. Schüsse fallen. Antonio wird am Bein getroffen; Soldaten stürzen sich auf ihn, fesseln ihn, führen ihn ab.

Die Szene wurde auf nahe gelegenen Feldern von Landarbeitern beobachtet, die seine Familie alarmierten.

Die Frau des Antonio Cruz konnte seinen von über 20 Geschossen entstellten Leichnam erst eine Woche später bestatten – an der Stelle, an der sie den in der tropischen Hitze verwesenden Leichnam fand. Es war keinen Kilometer entfernt vom Ort seiner Festnahme.

Antonios Witwe verklagte das Militär wegen Mordes. Sie unterlag: Die angeklagten Soldaten konnten den Richtern plausibel machen, daß sie Antonio Cruz für einen NPA-Terroristen gehalten hätten und er sich überdies der Festnahme durch Flucht zu entziehen versucht habe.

Antonios Leichnam war an Händen und Füßen gebunden. ◆